

Gegen Kriegsverbrechen

Mehr als hundert Nobelpreisträger:innen verurteilen den Angriff auf ein Krankenhaus in Kiew.

Auf Initiative des deutschen Physik-Nobelpreisträgers Ferenc Krausz und der Friedensnobelpreis-Trägerin Jody Williams aus den USA haben 107 Nobelpreisträger:innen aus allen Disziplinen den russischen Angriff auf das wichtigste ukrainische Kinderkrankenhaus, die Klinik Ochmatdyt in Kiew, öffentlich verurteilt.

Das Schreiben, welches die von Krausz gegründete Nichtregierungsorganisation Science4People¹⁾ Anfang September veröffentlicht hat, verurteilt insbesondere die Angriffe vom 8. Juli mit Marschflugkörpern. Es richtet sich aber auch gegen alle Attacken auf Einrichtungen des Gesundheitswesens seit Beginn des Krieges im Februar 2022 – laut Angaben der

Vereinten Nationen rund 1900 an der Zahl.

Die Unterzeichnenden beklagen, dass es sich dabei um Kriegsverbrechen handelt, und akzeptieren die russischen Aussagen nicht, dass es keine gezielten Angriffe auf Zivilisten oder zivile Infrastruktur gäbe: Videoaufnahmen und Fotos zeigten die schweren Schäden an den Gebäuden der Klinik und umliegender Wohnhäuser. Außerdem kritisieren sie, dass es Russland gestattet war, die Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats zu dieser Angelegenheit zu leiten. Damit ein solcher „Hohn auf die Gerechtigkeit“ künftig nicht mehr stattfindet, fordern sie in dem Schreiben die längst überfällige Reform der

Vereinten Nationen und ihrer Gremien: Wenn die Täter straffrei davon kämen, fördere das nur weitere Gewalt.

Der in Ungarn geborene Physiker Ferenc Krausz lehrt an der LMU München und ist Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching. Er hat die Organisation Science4People kurz nach Kriegsbeginn gegründet. Ihr Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen aus Kriegs- und Krisenregionen, insbesondere aus der Ukraine, Bildungschancen und Förderung zu bieten.

Science4People / Kerstin Sonnabend

1) <https://www.science4people.org>

Verteilter Fokus

Mehrere Ressorts der nächsten Europäischen Kommission sollen sich um Forschung und Bildung kümmern.

Ursula von der Leyen hat nach ihrer erneuten Wahl zur Präsidentin der Europäischen Kommission Mitte Juli eine Liste mit der Besetzung und den Verantwortlichkeiten der nächsten Kommission vorgelegt. Seit Mitte September steht damit fest, wie und mit welchem Personal sie ihre politischen Leitlinien bis 2029 umsetzen möchte. Der Fokus liegt auf Technologie, Innovationen und der Industrie; die Zuständigkeiten zu einzelnen Aspekten wie Forschung und Bildung verteilen sich allerdings auf mehrere Ressorts.¹⁾

Designierte Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation ist die Bulgarin Ekaterina Sachariewa. Sie ist Mitglied der Mitte-Rechts-Partei GERB; diese gehört seit 2007 der Europäischen Volkspartei an und ist Teil der entsprechenden Fraktion im Europäischen Parlament. Sachariewa verfügt über langjährige politische Erfahrung: Auf nationaler Ebene agierte sie von 2015 bis 2017 als Justizministerin und zuletzt bis 2021 als Außen-



Ekaterina Sachariewa

ministerin. Laut ihrem Lebenslauf verfügt die studierte Juristin über wenig Erfahrung mit Wissenschaft und Technologie.

Daher könnte es von Vorteil sein, dass ihr Kommissariat nicht allein für die Entwicklung dieser Bereiche zuständig ist, obwohl einige Mitglieder des Europäischen Parlaments diese Zersplitterung kritisch sehen. Es gibt Überschneidungen mit vier der sechs Bereiche, für die von der Leyen Vize-

Präsident:innen berufen will, sowie mit zwei weiteren der 20 Kommissariate. Von der Leyens Auftrag an Sachariewa enthält unter anderem die Aufgaben, European Innovation Council (EIC) und European Research Council (ERC) auszubauen, bürokratische Hürden für Innovationen zu reduzieren und ein „European artificial intelligence research council“ auf den Weg zu bringen.

Explizit ohne Erwähnung bleibt dagegen die Bildung, um die sich künftig die Rumänin und Sozialdemokratin Roxana Minzatu als Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorausschau kümmern soll. Diese Trennung sieht unter anderem die European University Association kritisch, weil für sie Hochschulbildung und Forschung nicht separierbar sind. Zum Redaktionsschluss hatte das Europäische Parlament die neuen Kommissionsmitglieder weder angehört noch gewählt, sodass es durchaus noch Änderungen beim Personal und den Zuständigkeiten geben kann.

Kerstin Sonnabend

1) Alle Infos dazu unter <https://bit.ly/48gUJf9>